

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/66

6. April 1976

Patula lautet: Ablaufen lassen!

-----  
Gesichte von 1972 aus dem Papierkorb geholt

Seite 1 / 37 Zeilen

Weder Grauzone noch Gesinnungsschnüffelerei

-----  
Berlin legt neue Überprüfungsregeln für den öffentlichen Dienst fest

Von Dr. Wolfgang Haus

Fraktionsvorsitzender der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin

Seite 2 und 3 / 66 Zeilen

Die Reeder müssen jetzt Flagge zeigen!

-----  
Die SPD sicherte im Bundestag Werft-Arbeitsplätze

Von Heinrich Müller (Nordenham) MdB

Berichtersteller für den Verkehrsetat im Haushaltsausschuss des Bundestages

Seite 4 und 5 / 69 Zeilen

Chancengleichheit nur eine Leerformel?

-----  
Zur Situation von Arbeiterkindern im Bildungswesen

Von Angela Grützmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Seite 6 bis 8 / 111 Zeilen

Als die CDU noch jung war...

-----  
Die "Welt" erinnert an das ursprüngliche Selbstverständnis der Union

Von Rüdiger Reitz

Referent für evangelische Kirchenfragen beim Vorstand der SPD

Seite 9 / 38 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 406  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 60 37 - 38  
Telex: 08 88 848 - 68 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Käliner Straße 106-112, Telefon: 37 66 11

Parole lautet: Ablaufen lassen!

Gerüchte von 1972 aus dem Papierkorb geholt

Was an allen fünf Fingern abgezählt werden konnte, ist prompt eingetroffen. Der Wählerstimmenverlust der SPD bei der baden-württembergischen Landtagswahl dient als Auslöser für eine Flut von Gerüchten, die nur dem einen Zweck dienen sollen: Verwirrung in die Reihen der SPD-Mitglieder zu tragen, um die Partei insgesamt zu schwächen. Das schlagartige Einsetzen dieser Gerüchtemeldungen in allen der CDU und CSU zugänglichen Medien kann natürlich bei Ängstlichen und zudem noch uninformatierten Gemütern durchaus Wirkung zeigen, zumal die innere Situation der SPD in einigen bestimmten geographischen Bereichen für die Führung in Staat und Partei alles andere als hilfreich ist, wie sich zuletzt noch am 4. April gezeigt hat.

Aber dieser CDU-gesteuerte Agitationsknüller mit dem angeblichen Zwist zwischen dem stellv. Parteivorsitzenden Helmut Schmidt und dem Parteivorsitzenden Willy Brandt um die Parteispitze ist nun so ruckartig aus dem Hut geholt worden, daß sich die realitätslose Künstlichkeit der Propagandakonstruktion von selber und aus sich selbst beweist. Dazu kommt, daß für einige Akteure der Anstoß aus dem Konrad-Adenauer-Haus zu plötzlich gekommen ist, so daß sie nicht mehr in der Lage waren, auch nur einigermaßen lesbare und logische Meldungen zu fabrizieren. Symptomatisch ist dabei die Springer-Presse, die als "Indiz" für den angeblichen Trend zum Parteivorsitzwechsel die SPD-Vorstandssitzung vom Montag heranzholt, um dann ihr tatsächliches und totales Unwissen über den Ablauf dieser Konferenz mit dem entweffnenden Satz zu belegen, daß "dem Vernehmen nach die Möglichkeit eines Wechsels im Vorstand vor dem 3. Oktober nicht direkt erörtert" worden sei.

Deutlicher kann die ganze Leere dieser CDU-Aktion nicht offenkundig werden. Die SPD kann im Übrigen auch gar nicht überrascht und beunruhigt sein, denn der ganze Agitationszeuber aus dem Konrad-Adenauer-Haus ist nichts weiter als eine müde Neuauflage der schon damals verunglückten Kampagne des Jahres 1972, die man jetzt mangels wirklicher Masse aus dem Papierkorb geholt hat. Die tatsächliche Lage in der SPD ist ganz einfach so, wie sie der Parteivorsitzende mit einmütiger Zustimmung und in Gegenwart des Bundeskanzlers vor dem SPD-Vorstand klargestellt hat: Es besteht nicht der geringste Zweifel daran, daß die SPD am 3. Oktober 1976 für und mit Helmut Schmidt gewinnen wird. Angesichts dieses von der ganzen Partei gerade auch nach dem 4. April überzeugt getragenen Willens kann die Parole für die nächste Zeit und vermutlich bis zum 3. Oktober nur heißen: die CDU/CSU-Gerüchte einfach ablaufen lassen!

(e/6.4.1976/bgy/e)

+ + +

Weder Grauzone noch Gesinnungssechnüffelerei

Berlin legt neue Überprüfungsregeln für den öffentlichen Dienst fest

Von Dr. Wolfgang Haus

Fraktionsvorsitzender der SPD im Abgeordnetenhaus von Berlin

In Schweden, Holland und Frankreich wurde in letzter Zeit die Überprüfungspraxis der Verfassungstreue für Bewerber im öffentlichen Dienst in der Bundesrepublik einschließlich Berlin heftig kritisiert. Diese, selbst von Sozialdemokraten geübte Kritik, übersieht jedoch in der Regel, daß auch in unseren Nachbarstaaten Sperren eingebaut sind, die das Eindringen aktiver Gegner freiheitlicher Verfassungen in ganz bestimmte Bereiche des öffentlichen Dienstes verhindern. Diese Sperren dort sind außerordentlich wirksam, nur spricht man nicht darüber.

Die zum Teil emotionale westliche Kritik auch an dem Verfahren, das wir Sozialdemokraten anstreben, beruht auf einem Mißverständnis: Die Formalisierung und Gründlichkeit des Verfahrens wird zu Unrecht in Widerspruch gesetzt zur Rechtsstaatlichkeit. Gerade um eine sorgfältige, die Rechte des einzelnen nicht gefährdende Regelung geht es.

Der Senat von Berlin hat am 30. März eine Verfahrensregelung zur Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst beschlossen. Er hat damit die Absichtserklärung der sozialdemokratisch geführten Landesregierungen verwirklicht, eine einheitliche Praxis zu entwickeln, die am Bundesverfassungsgerichtsbeschuß vom 22. Mai 1975, an der Bundestagsentscheidung vom 24. Oktober 1975 und an den Beschlüssen des Mannheimer SPD-Bundesparteitages orientiert ist. Aus der Sicht der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses ist hierzu besonders positiv anzumerken, daß sie bei der Vorbereitung dieser Regelung in allen Phasen ausführlich konsultiert wurde, und daß die dabei gegebenen Anregungen einvernehmlich berücksichtigt wurden. Die Fraktion hat die vorgesehene Regelung nach intensiver, zum Teil kontroverser Erörterung bei einigen Gegenstimmen ausdrücklich gebilligt.

Einer der wichtigsten Grundsätze der Berliner Verfahrensregelung besteht darin, daß die Einstellungsbehörde eine Anfrage an das Landesamt für Verfassungsschutz nur noch dann richten soll, wenn der Bewerber nach

vorheriger fachlicher Auswahl bereits zur Einstellung vorgesehen ist. Diese Anfrage ist keine "Überprüfung". Erst für den Fall, daß das Verfassungsschutzamt - und nur dieses darf es - gerichtsverwertbare und vorhaltbare Tatsachenerkenntnisse über verfassungsfeindliche Aktivitäten des Bewerbers mitteilt, ergibt sich weiteres. Die Mitteilung des Verfassungsschutzes wird dann von einer Landeskommision, der die vier zuständigen Senatoren angehören, daraufhin überprüft, ob sie Zweifel an der Verfassungstreue des Bewerbers begründen kann. Grundsätzlich gelten außerdem die acht Punkte, die der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz im Bundesrat für alle sozialdemokratisch geführten Landesregierungen vorgetragen und erläutert hat.

Es wird in Berlin also keine generelle Anfrage und erst recht keine generelle Überprüfung von Bewerbern geben; Gesinnungsschnüffelei findet nicht statt. Der gelegentlich zu hörende Vorwurf, in Berlin sei man in diesen Fragen besonders rigoros und nicht tolerant genug, trifft nicht zu. Auch problematischen Verfahrenswesen in CDU-Bezirksämtern wird man mit der neuen Regelung entgegentreten.

Dem Bewerber werden alle Tatsachen schriftlich mitgeteilt, die Zweifel an seiner Verfassungstreue hervorgerufen haben. Er muß hierzu mündlich oder schriftlich gehört werden. Die Hinzuziehung eines Rechtsbeistandes zur mündlichen Anhörung ist zulässig. Wenn die Zweifel an der Verfassungstreue auch nach der Anhörung des Bewerbers bestehen bleiben, so ist die ablehnende Entscheidung der Kommission unter rechtlicher Würdigung der beweisbaren Tatsachen zu begründen. Wegen der besonderen in Berlin gegebenen Rechtslage - u. a. Bezirksämter als Einstellungsbehörde - gibt die Landeskommision der letztlich entscheidenden einstellenden Dienstbehörde Empfehlungen.

Diese für das Land Berlin jetzt getroffene Regelung berücksichtigt sowohl das staatliche Interesse an der Fernhaltung von aktiven Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst als auch die uneingeschränkte Wahrung der Rechte des Bewerbers, der wie jeder Bürger das Recht auf politische Meinungsfreiheit und auf ein rechtsstaatliches, gerichtlich nachprüfbares Verfahren hat. Jetzt ist dafür Sorge getragen, daß die bisher bei einzelnen Einstellungsvorgängen festzustellende Grauzone in den Beurteilungskriterien durch klare und eindeutige, verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch saubere Regeln ersetzt wird. Befürchtungen, daß die neuen Regelungen - die ja auch in anderen Ländern entsprechend getroffen werden sollen - einen Verlust an Rechtsstaatlichkeit und Liberalität bedeuten könnten, sind nicht gerechtfertigt. In Berlin wird auch auf eine angemessene liberale Handhabung geachtet werden. (-/6.4.1976/va/e/pr)

+ + +

Die Reeder müssen jetzt Flagge zeigen!

Die SPD sicherte im Bundestag Werft-Arbeitsplätze

Von Heinrich Müller (Nordenham) MdB

Berichterstatler für den Verkehrsausschuß im Haushaltsausschuß des Bundestages

Vor Beendigung der Haushaltsberatungen 1976 hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages auf Antrag der Koalitionsfraktionen SPD/FDP durchgreifende Hilfen für Schiffbau und Schifffahrt beschlossen. Das Kumulierungsverbot zwischen Werften- und Reederhilfe wurde aufgehoben, die Verpflichtungsermächtigungen für Bewilligung von Neubauszuschüssen an Reeder wurden von 110 Millionen DM im Regierungsentwurf um 50 Millionen DM auf 170 Millionen DM erhöht. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

In der in den vier Küstenländern konzentrierten Schiffbauindustrie der Bundesrepublik sind heute etwa 70.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Dazu sind in der überwiegend im Binnenland angesiedelten Zulieferungsindustrie für den Schiffbau weitere 160.000 Beschäftigte tätig. Das Ausmaß des Nachfrage- und Auftragseinbruches in 1975 war insgesamt (weltweit) nicht so stark ausgeprägt wie in der Bundesrepublik. Weltweit sank der Auftragsbestand für alle seegehenden Handelsschiffe von Ende 1974 bis Ende 1975 "nur" um 32 vH, bei Tankern "nur" um knapp 47 vH. In der Bundesrepublik dagegen sank der Auftragsbestand für alle seegehenden Handelsschiffe um 45 vH, bei Tankern ging er sogar um 69 vH zurück. Der Anteil der Bundesrepublik am Weltauftragsbestand verminderte sich Ende 1975 auf 5,1 vH. Die durch Aufträge gesicherte Produktionsdauer betrug im Dezember 1975 nur noch 20,5 Monate gegenüber 32,5 Monaten Mitte 1974. Eine Reihe von Werften befindet sich in Kontrahierungszwängen. Anschlußaufträge werden dringender benötigt.

In der überschaubaren Zukunft ist mit einem drastischen Rückgang des Welt-Neubauvolumens zu rechnen. Die Nachfrage nach Tanker-Tonnage wird in den nächsten Jahren nicht wesentlich von Null abweichen. Ein weiteres Absinken des deutschen Anteiles würde nach Aussagen der IG Metall etwa 25 000 Arbeitsplätze auf den Werften und weitere 50 000 in der Zulieferungsindustrie gefährden. Um die Arbeitsplätze zu sichern, ist ein jährliches Auftragsvolumen für den bundesdeutschen Schiffbau von rd. fünf Milliarden

DM erforderlich (Neubauten und Reparaturen). Der deutsche Schiffbau ist leistungs- und wettbewerbsfähig. Die starken Nachfrageeinbrüche sind vorwiegend auf extrem niedrige Kampfpreise ausländischer Konkurrenz zurückzuführen. So haben die Japaner bislang um 30 vH billiger anbieten können als die Westeuropäer.

Die Bundesregierung förderte bisher Neubauten mit Zinszuschüssen bis zu 12,5 vH der Beschaffungs- und Herstellungskosten als Reederhilfe aus dem Einzelplan 12 Verkehr. Die zur Finanzierung des Programmes 1976/77 bereitgestellten Mittel in Höhe von 110 Millionen DM reichten jedoch nicht aus, um alle vorliegenden Anträge zu bedienen. Deshalb wurden sie um 60 Millionen DM erhöht. Die 170 Millionen DM fördern nunmehr ein Auftragsvolumen von 1.360 Millionen DM.

Aus dem Einzelplan 09 Wirtschaft wird Krediterleichterung für Bestellungen von Schiffsbauten, sofern der mit dem Besteller vereinbarte Kredit nicht günstiger als acht vH p. a. ist, gewährt. Die Zinssenkung ist im Höchstfall auf zwei Prozentpunkte p. a. für sieben Jahre beschränkt, was bedeutet einen abgezinsten Zuschusswert von 3,5 vH als Werfthilfe. Hierfür stehen unverändert 91 Millionen DM zur Verfügung, überwiegend für ausländische Besteller. Besteller von Schiffsbauten bekamen jedoch nur eine Förderung: entweder den Zuschuß aus dem Verkehrshaushalt oder die Zinssenkung aus dem Wirtschaftsaus-halt. Dieses Kumulierungsverbot hat der Haushaltsausschuß durch den Beschluß vom 1. April 1976 aufgehoben und die Bundesregierung ersucht, die Förderungsrichtlinien mit Wirkung vom 1. Januar 1976 dementsprechend zu ändern.

Ziel der Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß war, zu erreichen, daß ab sofort 1/ deutsche Besteller auf deutschen Werften 12,5 vH und 3,5 vH, also 16 vH maximal an Zuschuß auf die Beschaffungs- und Herstellungskosten bekommen und 2/ deutsche Besteller auf ausländischen Werften nur noch mit einem Zuschuß von bis zu neun vH rechnen können. Neben den Haushaltsmitteln stehen im ERP-Wirtschaftsplan als Werfthilfe für zinsbegünstigte Kredite für 1976 134,6 Millionen DM und für 1977 weitere 134,6 Millionen DM bereit. Auch die Zinssätze für ERP-Kredite wurden inzwischen gesenkt.

Die Sozialdemokraten im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages haben das Mögliche getan, um die gefährdeten Arbeitsplätze zu sichern und der deutschen Schiffbauindustrie im internationalen Wettbewerb zu helfen. Nun sind die deutschen Reeder dran, Flagge zu zeigen! 91 Schiffseinheiten mit einem Neubauvolumen von 317812 BRT und 1 680 Millionen DM Baukosten können jetzt als Aufträge plaziert werden.

(-/6.4.1976/ve/a/cr)

### Chancengleichheit nur eine Leerformel?

Zur Situation von Arbeiterkindern im Bildungswesen

Von Angela Grützmann MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Bildung und Wissenschaft

"Nicht nur für die Schule, für das Leben lernen wir." Eine Weisheit, die uns als Schüler stets in Rage brachte. Heute wird der Spruch aber schon den drei- bis fünfjährigen Schülern in spe geeredigt. Vorschule, also Schule davor, ist für viele Kinder schon zur Pflicht geworden und das, obwohl Modelluntersuchungen über die Zugehörigkeit von Kindern zur Kindergärten, Vorklassen oder Eingangsstufen die Entscheidung weiterhin offenhalten.

So ist es denn auch kein Wunder, wenn Kundinnen in den Buchhandlungen nach Lese- und Arbeitsmaterialien für ihr Vorschulkind fragen. Mehr oder minder kümmern sich alle Mittelschichteltern um das geistige Fortkommen ihrer Sprößlinge im zarten Vorschulalter. Wer den Schritt in den Buchladen scheut, der ist zumindest über die diversen Vorschulprogramme, die es inzwischen seitens der Fernsehanstalten gibt, informiert. Oder er macht im Rahmen eines Fernsehkurses zur Erziehung des Kleinkindes den "Elternführerschein". Den interessierten Eltern wird - vor allem in den Ballungsgebieten - ein breit gefächertes Angebot von Kindergärten, Vorklasse, Eingangsetufe, Eltern-Kindergruppe oder Spielkreis offeriert. Eine Auswahl, die den Überblick schwer macht und bei berufstätigen Eltern im Grunde wieder auf den Ganztags-Kindergartenplatz hinausläuft. Alle anderen Modelle sind in schöner Unregelmäßigkeit über den Tag verteilt. Aber die Palette von Möglichkeiten läßt den vordergründigen Schluß zu, daß die Bildungswerbung der 60er Jahre ein durchschlagender Erfolg gewesen sein muß, und daß die Forderung nach Chancengleichheit bei Schulbeginn nunmehr in Erfüllung gegangen ist.

Erst die erschreckenden Zahlen arbeitsloser Jugendlicher und die damit aufkommende Kritik an der Haupt- als der Restschule der Nation stimmten nachdenklich. Mochten sein Blick frei für die Erkenntnis, daß die Schere der Chancengerechtigkeit, von der Chancengleichheit ganz zu schweigen, nicht

zusammen-, sondern weiter auseinander gegangen ist. Untermuert wird das durch eine jetzt veröffentlichte wissenschaftliche Untersuchung, die das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Auftrag gegeben hatte. Der Themenkreis: "Arbeiterkinder im Bildungswesen".

Die Misere fängt indessen nicht erst in der Vorschulzeit an. Nur 18 vH der Kinder ungelernter Arbeiter und 24 vH der Kinder gelernter Arbeiter besuchen einen Kindergarten. Die soziale Stellung des Vaters, sein Beruf, sind der rote Leitfaß auch für die Schullaufbahn des Kindes. So kommt es denn, daß die Kinder ungelernter Arbeiter zu 84 vH (76 vH die Kinder gelernter Arbeiter) auf die Hauptschule überwechseln, aber nur 44 vH der Beamtenkinder. Daß sie, die Benachteiligten zu 12 vH (15 vH) zusammen mit 19 vH der Beamtenkinder auf die Realschule gehen und ganze vier vH (9 vH) aber 37 vH der Beamtenkinder aufs Gymnasium kommen.

Die Ursachen für diese Chancenungerechtigkeiten liegen in den schichtspezifisch sehr unterschiedlichen familiären Lebens-, den Berufs- und Arbeitssituationen begründet. Gehorsam, Sauberkeit, adrette Erscheinung, leichtes, unkritisches Anpassungsvermögen sind für die Eltern von Arbeiterkindern wichtiger, als Kreativität und Selbständigkeit. Das äußert sich in der hohen Bewertung, die sie dem kindlichen Gehorsam zumessen und der Präferenzierung des Befolgens von Anordnungen, Geboten und Befehlen. Dazu kommt das Überwiegen von Strafen als Erziehungsmittel, die geringe Einschätzung von Gesprächen und offenen Familiendiskussionen und die mangelnden Kenntnisse über zeitgemäße kind- und altersgerechte Erziehungsmethoden. So verwundert weiter auch nicht, daß die Lebensziele, die Arbeitereltern für ihre Kinder im Auge haben, von denen der anderen Sozial-schichtungen zugehörnden Eltern erheblich abweichen.

Arbeiterkinder fallen bei Schulbeginn durch einen geringen, aktiven Wortschatz und ein ebenfalls mäßiges Differenzierungs- bzw. Abstraktionsvermögen auf. Dabei ist gerade die Sprache der Schlüssel zur gesamten Umwelt. Mit diesen Defiziten versehen, kommt das Arbeiterkind durch das mangelnde Interesse seiner Eltern am Schulgeschehen weiter ins Hintertreffen. Die Kontakte zu den Lehrern, den Eltern der Mitschüler, die Mitarbeit im Elternbeirat haben bei Arbeitereltern keinen Stellenwert. Allein um an der Grundschule bestehen zu können, muß daher ein Arbeiterkind noch immer entschieden mehr leisten als sein Freund aus der Mittelschicht. Aber auch die Lehrer sind vielfach "einäugig". Eine in Baden-Württemberg von Lehrern und Bildungsberatern durchgeführte Beurteilung für den Besuch an weiterführenden Schulen zeigte auf, daß die Lehrer im Gegensatz zu den Bildungsberatern weit weniger Arbeiterkinder fürs Gymnasium empfohlen und Akademikerkinder von den Pädagogen hinsichtlich ihrer

Leistungen einwandfrei überschätzt wurden. Ist es ein nicht ausrottbares Vorurteil unter Lehrern, daß versagende Arbeiterkinder eben "dumm" seien, versagende Akademikerkinder aber nur "faul" und daher entwicklungsfähig und auch - würdig?

Da die Mehrzahl der Grundschüler in der Bundesrepublik nach der vierten oder fünften Klasse auf weiterführende Schulen übergehen und die Durchlässigkeit unseres Schulsystems nach wie vor gering ist, wird mit der jeweiligen Empfehlung des Lehrers eine meist endgültige Entscheidung über den Lebensweg getroffen. Wenn die Untersuchung über die Situation der Arbeiterkinder feststellt, daß "das Bildungssystem nicht sozial gerechter sein kann, als die Gesellschaft, in der es sich befindet", dann wird spätestens hier die Frage nach Maßnahmen fällig. Dabei sind langfristig Forderungen nach weiteren Hilfen für die Familien durch umfassendere Elternbildung und -beratung einzuordnen. Dazu gehören auch humanere Arbeitsverhältnisse, die die soziale Lage der Familien verändern und damit auch die Bildungs- und Erziehungsmuster beeinflussen. Verbesserte Wohnverhältnisse sind ebenfalls nicht von heute auf morgen zu realisieren. Aber die Tatsache, daß 67 vH der Arbeiterkinder in Mietwohnungen aufwachsen, die unter den Mindestnormen liegen, die man heutzutage an Wohnungen stellt, ist alarmierend.

Das Bildungswesen in der Bundesrepublik muß sein Augenmerk verstärkt auf die Erfassung aller Kinder in Kindergärten oder anderen Vorschuleinrichtungen legen. Dabei muß das soziale Lernen im Vordergrund stehen. Die Eltern müssen über den für sie zu Buche schlagenden Wert der Mitarbeit aufgeklärt werden. Man muß sie andererseits dann aber auch in die Verantwortung miteinbeziehen und sie nicht auf Nebensächlichkeiten abspelen. Die Eingangsstufen der Grundschule haben sich dem Fördern und nicht dem Vor-Auslesen zu widmen. Sach-, Sprech-, Rechenunterricht ist ebenso wichtig, wie die Auswahl derjenigen Lese- und Schreiblernmethode, die keine negativen Langzeitfolgen haben, wie sie uns die Ganzheitsmethode dank ungenügend ausgebildeter Lehrer mit Heerscharen von lese- und rechtchreibschwachen Kindern seit Jahren beschert.

Die Schule der Zukunft, die sozialen Ausgleich und damit mehr Chancengerechtigkeit garantiert, ist und bleibt die Gesamtschule. Für die Hauptschule aber sind hier und heute Feuerwehrmaßnahmen zu treffen. Kleine Klassen, die Gleichstellung der Arbeitslehre mit der zweiten Fremdsprache gehören zu den Verbesserungsvorschlägen. Wir müssen aber als Gesellschaft auch endlich mit dem "Feineinnigen" Unterschieden zwischen jenen mit Bildung und denen mit einer Ausbildung aufhören. Solange jedenfalls Arbeiterkinder weiterhin mit zehn Jahren fürs ganze Leben nicht nur vor-, sondern im Grunde gleich "aussortiert" werden, solange bleiben Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit im Bildungswesen schillernde Luftballons und reine Leerformeln! (-/6.4.1976/ve/e)

Als die CDU noch jung war ...  
-----

Die "Welt" erinnert an das ursprüngliche Selbstverständnis der Union

Von Rüdiger Reitz

Referent für evangelische Kirchenfragen beim Vorstand der SPD

Der "Welt"-Leser fand am 2. April in einem Teil dieser Zeitung eine Beilage anlässlich des 30jährigen Bestehens des Blattes. Die Redaktion pochte auf Geschichte und überraschte ihre Lesergemeinde mit dem Nachdruck der Titelseite der Nr. 1 vom 2. April 1946. Auf Seite eins war auch der Korrespondentenbericht eines J. N. aus Essen vom 1. April jenes Jahres unter der Überschrift "Das Wesen der CDU" eingerückt.

Darin berichtet der "Welt"-Mitarbeiter von einer Rede des CDU-Alt-veters Jakob Kaiser: "Er forderte den Neuaufbau und die Umgruppierung des politischen Lebens auf den Grundlagen des Christentums und des christlichen Sozialismus". Es ermangelt nicht einer gewissen Ironie, wenn ein Blatt wie die "Welt", das päpstlicher als die Opposition sein will, nach 30 Jahren auf der Jubiläumseite der heutigen CDU/CSU einen christlichen Sozialismus unter die Nase hält.

Dokumentierte Geschichte hat es in sich. Die Wahrheit läßt sich nicht wegmogeln. So stand es vor 30 Jahren in der "Welt": Das Wesen der CDU bestand in einem christlichen Sozialismus als Eckstein des Neuanfangs in Deutschland. Wer dies auf dem Hintergrund der Sozialismusschelte landauf landab (zuletzt durch den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Filbinger) auf sich wirken läßt, begreift, daß - mit Ausnahme der Sozialausschüsse - die CDU/CSU ihre geistigen Grundlagen innerhalb nur einer Generation gründlich verraten hat.

Stattdessen kritisiert sie heute an der SPD das, was sich vor 30 Jahren folgendermaßen las: "Christlicher Sozialismus ist die Grundlage all unserer wirtschaftlichen Bestrebungen ..." (CDU Süd-Württemberg-Hohen-zollern, 1946). Oder: "So vertreten wir einen wahren christlichen Sozialismus" (Kölner Leitsätze, 1945). Und schließlich: "Wir bekennen uns zu einem wirtschaftlichen Sozialismus auf demokratischer Grundlage" (Frankfurter Leitsätze, 1945).

Was aber das Deprimierendste an allem ist: Waite Teile der Opposition haben ihre Pfunde, d. h. den einstigen christlichen Sozialismus, so unwiderruflich in kleine politische Münze eingewechselt, daß sich ein Blatt wie die "Welt" solche Reminiszenzen heute unbescholen leisten kann.

Es sei erlaubt, dem Jubiläumspreisausschreiben der "Welt" eine Frage beizugeben: "Es stand in der "Welt" am 2. April 1946. Das Wesen der CDU. Frage: Welcher frühere Bundeskanzler, der auch gern dicke Zigarren rauchte, bezeichnete den christlichen Sozialismus als Jugendaünde der CDU/CSU?"

(-/6.4.1976/vs/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freiler